

«Die Mitte verschärft die Probleme der AHV zusätzlich»

Die Pläne für die Altersvorsorge würden dem Gewerbe schaden, sagt Urs Furrer, Direktor des Gewerbeverbands

Herr Furrer, der Nationalrat will die Mehrwertsteuer bis 2030 erhöhen, um die 13. AHV-Rente zu finanzieren. Was bedeutet dies aus Sicht des Gewerbes? Das ist die zweitschlechteste Lösung. Noch schlechter wäre eine Erhöhung der Lohnbeiträge, die Angestellte und Arbeitgeber bezahlen müssen. Aber auch wenn die Mehrwertsteuer steigt, werden die kleinen und mittleren Unternehmen dies unmittelbar spüren. Die Kaufkraft wird sinken. Wir haben immer gesagt, dass die Finanzierung der 13. AHV-Rente sichergestellt werden muss – aber in Verbindung mit einer Strukturreform der AHV. Die demografische Entwicklung ist bekannt, die Zahl der Pensionierten nimmt schnell zu. Wir haben ein ernsthaftes Problem, das wir aber seit Jahren vor uns herschieben.

Was schlagen Sie konkret vor? Wir verlangen eine Anpassung des Rentenalters ...

... also eine Erhöhung? Eine Anpassung nach oben, natürlich. Über die konkrete Umsetzung kann man reden. Eine Option ist das Modell der Lebensarbeitszeit: Damit könnten Personen, die jung ins Berufsleben einsteigen, früher in Rente gehen als beispielsweise Akademiker. Im Gegenzug zum höheren Rentenalter würden wir eine Erhöhung der Mehrwertsteuer akzeptieren. Eine reine Finanzierungsvorlage hingegen lehnen wir ab. Die Schweiz hat jetzt lange genug immer weitere Zusatzfinanzierungen für die AHV beschlossen. Das geht auf Dauer nicht auf, wir können die Strukturreform nicht ewig aufschieben. Je länger wir warten, desto grösser werden die Probleme. Wir unterstützen den Vorschlag der FDP, die eine Schuldenbremse für die AHV will: Sinkt ihr Fonds unter eine bestimmte Schwelle, steigen automatisch die Mehrwertsteuer und das Referenzalter. Das wäre pragmatisch: Die Massnahmen greifen erst, wenn es wirklich nötig ist.

Sie verlangen ein höheres Rentenalter, aber sogar aus bürgerlichen Kreisen ertönt der Vorwurf, zuerst müsse die Wirtschaft den Tatbeweis erbringen: Schon heute würden viele Angestellte ihre Stelle vor der Pensionierung verlieren. Was entgegnen Sie? Dass die Zahlen das Gegenteil zeigen: Die Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen steigt seit Jahren, gleichzeitig hat diese Gruppe ein relativ klei-



«Wir verlangen eine Anpassung des Rentenalters.»

Urs Furrer
Direktor
Gewerbeverband

nes Risiko, arbeitslos zu werden. Jeder sieht, dass wir einen Fachkräftemangel haben, der in den nächsten Jahren noch zunehmen wird.

Sie sagen, das Schlimmste für das Gewerbe wäre eine Erhöhung der Lohnbeiträge. Genau dies hat der Ständerat aber beschlossen, um höhere AHV-Renten für Ehepaare zu finanzieren. Was würde das für das Gewerbe bedeuten? Das wäre ein ernsthaftes Problem. KMU sind besonders verletzlich, wenn die Lohnnebenkosten steigen. Das ist reine Mathematik: Bei ihnen ist der Anteil der Löhne an den Gesamtkosten deutlich grösser als etwa in hochautomatisierten Industriebetrieben. Das Parlament muss darauf unbedingt verzichten. Arbeit in der Schweiz darf nicht noch teurer werden. Man darf nicht vergessen, dass das Gewerbe standortgebunden ist: Konzerne können einfachere Arbeiten in



«Das ist reine Mathematik», sagt Urs Furrer: Höhere Lohnnebenkosten belasten KMU stärker als grosse Konzerne. KARIN HOFER / NZZ

Länder mit tieferen Löhnen auslagern, KMU haben keine solche Möglichkeit. Sie produzieren in der Schweiz, aber ihre Produkte werden zunehmend durch günstige Importware verdrängt.

Was wären die konkreten Folgen, wenn die Lohnbeiträge dennoch um bis zu 0,8 Prozentpunkte stiegen, wie dies der Ständerat beschlossen hat? Die Kosten würden steigen, die Margen sinken. Die Unternehmen könnten nicht alles auf die Kunden abwälzen, weshalb unter anderem Geld für Investitionen und die Ausbildung von Lehrlingen fehlen würde. Je nach Branche, Firma und weiteren Belastungen könnte das zu Stellenabbau und Konkursen führen. Aber hoffentlich kommt es nicht so weit.

Auffällig ist, dass die Mitte-Partei beim Ausbau der AHV und der Erhöhung der Lohnabgaben zuvorderst mitmacht. Bisher hat sie eine bürgerliche Wirtschafts- und Sozialpolitik unterstützt. Was sagen Sie dazu? Ich habe es zur Kenntnis genommen. Wenn die Mitte ihre Forderungen nach höheren Renten für Ehepaare tatsächlich durchsetzt, verschärft sie die Probleme der AHV zusätzlich. Damit wächst die Gefahr, dass die Lohnbeiträge tatsächlich erhöht werden – mit gravierenden Folgen für das Gewerbe. Das können wir uns nicht leisten. Wir versuchen das allen Parteien zu erklären, die es noch nicht verstanden haben.

Die Mitte hat im Parlament mit der SP eine Erhöhung der Lohnnebenkosten beschlossen. Gleichzeitig sind viele Mitte-Vertreter an wichtigen Stellen im Gewerbeverband aktiv. Wie gehen Sie mit diesem Widerspruch um? (Überlegt.) Wir suchen mit allen politischen Parteien und Akteuren das Gespräch.

Wenn die Mitte an den höheren Lohnbeiträgen festhält: Würden Sie dann sagen, dass sie dem Gewerbe schadet? Jede Erhöhung der Lohnnebenkosten schadet dem Gewerbe. Sie wollen die Mitte nicht kritisieren ... wir kritisieren alle, die eine verantwortungslose Politik verfolgen, die Strukturreform der AHV verzögern und die KMU schwächen.

Das Parlament diskutiert über einen Gegenvorschlag zur Mitte-Initiative, die

höhere Renten für Ehepaare verlangt. Bieten Sie Hand dazu? Ja, aber der Gegenvorschlag muss kostenneutral sein. Der aktuelle Vorschlag ist es leider nicht, er führt bis 2040 zu Mehrausgaben von über einer Milliarde Franken pro Jahr, die grösstenteils nicht finanziert sind. Das geht nicht. Sollen Ehepaare höhere Renten erhalten, müssen gleichzeitig ihre Vorteile bei der AHV in demselben Umfang reduziert werden.

Nicht nur die AHV sorgt zurzeit für Unsicherheiten. Wie ist die Lage des Schweizer Gewerbes? Herausfordernd. Zurzeit haben wir ausen- und innenpolitisch zu kämpfen. Oft geht vergessen, dass 40 Prozent der KMU direkt exportieren. Sie bekommen die Herausforderungen im Aussenhandel unmittelbar zu spüren. Viele weitere Betriebe sind indirekt als Zulieferer betroffen. Der Druck hat zugenommen, für alle Unternehmen. Für KMU ist es besonders schwierig, auf Verwerfungen wie die US-Zölle zu reagieren. Manche

«Politik und Verwaltung lassen sich fast täglich neue Ideen einfallen, deren Kosten die Wirtschaft tragen soll.»

müssen schwierige Fragen klären: Wer jetzt zum Beispiel das Amerikageschäft aufgibt, gibt es für lange Zeit auf, vielleicht für immer. Es braucht Jahre, um so etwas aufzubauen.

Viel zu reden geben die neuen Abkommen mit der EU, dem grössten Exportmarkt. Der Gewerbeverband ist gespalten, wie man hört. Haben die Unsicherheiten mit den USA die Diskussionen verändert? Im Grossen und Ganzen nehme ich immer noch zwei Lager wahr: Das eine sieht vor allem das Risiko, dass die Schweiz durch die dynamische Rechtsübernahme unnötige Bürokratie aus Brüssel importiert und dass künftig auch Firmen, die nur innerhalb der Schweiz tätig sind, EU-Recht anwenden müssen. Das andere Lager

sieht vor allem die Vorteile, insbesondere auch die Chance, die Bürokratie zu reduzieren, indem die gegenseitige Anerkennung von Produktezulassungen wieder aktualisiert werden kann. Beide Seiten haben gute Argumente. Die Gewerbekammer wird im Oktober über die Stellungnahme des Verbands entscheiden.

Welches sind die drängendsten innenpolitischen Probleme, die das Gewerbe belasten? Es ist stets dasselbe: die ewige staatliche Regulierungswut. Jüngstes Beispiel ist die Nachhaltigkeitsberichtserstattung, die der Bundesrat ausbauen will – mit Folgekosten von mehreren hundert Millionen Franken im Jahr. Gemäss Berechnungen von Avenir Suisse wären vor allem die KMU betroffen, weil grosse Unternehmen die Vorgaben an ihre Zulieferer weitergeben in Form von Fragebögen, Formularen und weiterer Bürokratie. Wir versuchen alles, um das abzuwenden. Aber es ist schwierig, Schritt zu halten: Politik und Verwaltung lassen sich fast täglich neue Ideen einfallen, deren Kosten die Wirtschaft tragen soll. Deshalb verlangen wir eine konsequente Umsetzung des Unternehmensentlastungsgesetzes, das vom Gewerbeverband initiiert und letztes Jahr in Kraft gesetzt wurde.

Interview: Fabian Schäfer

Eine innige Liaison

fab. · Die Verbindungen zwischen der Mitte und dem Gewerbe sind zahlreich und prominent. Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands ist ein Mitte-Ständerat, der Tessiner Fabio Regazzi. Er stellte sich in der Debatte um die AHV-Lohnbeiträge auf die Seite des Verbands und gegen die Partei. Der oberste Parteichef der Mitte wiederum, der Walliser Nationalrat Philipp Matthias Bregy, ist gleichzeitig Präsident des Walliser Gewerbeverbands. Er sprach sich in der AHV-Debatte für die Partei aus: für höhere Lohnbeiträge – und somit gegen das Gewerbe. Bregy ist auch Mitglied des obersten Gremiums des nationalen Gewerbeverbands, der Gewerbekammer. Ihr gehören mehrere weitere Mitte-Parlamentarier an, unter anderem der frühere Parteichef Gerhard Pfister.